

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichte zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.
Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.
Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsverleger-Bereins (D. V.) - Verlagsort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Altenburgerstr. 38. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wollenburg bei Herrn Linus Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dahlerz in Siegelheim bei Fr. Schmidt, Postagentur.
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Aussperrung, Maschinenbruch, Störungen im Betrieb der Druckerei oder anderer Betriebe, hat der Besteller seinen Anspruch auf Erhalt der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises für Nichterhalt der Zeitung ausschließlich aufgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

erscheint werktäglich Nachmittags. Bezugspreis monatlich im voraus 1.80 RM frei ins Haus. Einzelne Nr. 10 R.-Pfg., Sonntags-Nr. 30 R.-Pfg. Anzeigenpreise 6 g. P. Petitzeile 15 R.-Pfg. ausserhalb des Bezirkes 20 R.-Pfg., 3 g. P. Petitzeile 45 R.-Pfg., Hinweise auf Anzeigen und Eingefandte 10 R.-Pfg., Nachweise und Offertengebühr 20 R.-Pfg., Rabatt nach Art. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.
Verleger E. Kästner, Postfach Nr. 2, Waldenburg. Druckerei: Vereinsdruckerei Waldenburg, Postfach Nr. 10, Waldenburg. Abdruck und Verbreitung der Rechnungsbeträge wird jeder Nachdruck hinfällig.

Besonders weit verbreitet in den Ortschaften der Ständesamtsbezirke Altwaldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Oberhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niedertwiera, Oberwiera, Oberwintel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wollenburg und Siegelheim.

Nr. 132

Mittwoch, den 10. Juni 1931

53. Jahrgang.

Allseitige Ablehnung der neuen Notverordnung.

Das Ergebnis von Chequers wird als ein Anfang gewertet, der zur Revision des Youngplans führen müsse. Notverordnung und Aufruf der Reichsregierung haben in den politischen Kreisen Amerikas wie eine Bombe gewirkt.
Mit der Beratung des Kirchenvertrags hat der preussische Landtag seine neue Sitzungsperiode eröffnet.
In Hamburg, Düsseldorf und Alsdorf kam es zu kommunalistischen Ausschreitungen.
Die mecklenburgischen Reeder haben vier Dampfer nach Nagland verkauft.
In Obereschlesien ereignete sich ein schweres Eisenbahnunglück.
Der Herd des Erdbebens in England ist in der Nordsee zu suchen.
In Norfolk wurden am Sonntag 6 Häuserblöcke durch Feuer zerstört.
Amerika verweigert die Anerkennung der Sowjetregierung.
Die mexikanische Regierung plant die militärische Ausbildung der mexikanischen Jugend.
Die argentinische Regierung hat den Belagerungszustand aufgehoben.

Waldenburg, 9. Juni 1931.

Daß Arbeitslosigkeit, Konkurse, schlechter Geschäftsgang in Handel und Gewerbe Umfang und Richtung des Verbrauchs beeinflussen, liegt auf der Hand. Nicht um zu betonen, in welchem Umfang und in welcher Richtung das geschieht, hat das Institut für Konjunkturforschung in seinem letzten Wochenbericht diesem Problem eine umfangreichere Arbeit gewidmet. Das Problem ist nicht ganz so einfach, wie es auf den ersten Augenblick erscheint. Arbeitslosigkeit bedeutet, solange Unterstützungen gezahlt werden, nicht einen entsprechenden Ausfall an Kaufkraft schlechthin, wohl aber eine Umkehrung in der Richtung, in der die Kaufkraft vermindert wird. Denjenigen, die arbeitslos sind, wird das gegeben, was zur Aufrechterhaltung der Existenz notwendig ist, denen, die noch Arbeit haben, wird ein entsprechender Teil ihrer Kaufkraft weggenommen und das muß sich natürlich auf den Märkten bemerkbar machen.

Die Zunahme an Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr gibt ungefähr an, wie stark sich die Zahl der Einkommensbezieher vermindert hat. Das mögen im Durchschnitt des ersten Vierteljahres reichlich 1,6 Millionen sein, wenn man mit der entsprechenden Periode des Vorjahres vergleicht. Dazu kommt die Einkommensverminderung durch Kurzarbeit, die auf 1,2 Milliarden Reichsmark gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres geschätzt wird. Bei denen, die noch in Arbeit sind, haben Lohnsenkungen, Steuererhöhungen und die Erhöhung der Beitragssumme zur Arbeitslosenversicherung das Einkommen geschmälert. Die Senkung der Tariflöhne betrug am 1. April im Durchschnitt 5 bis 7 Prozent, der April hat weitere Lohnsenkungen gebracht, nicht nur bei den Arbeitern, auch bei den Angestellten. Uebertarifliche Verdienste wurden weitgehend ausgeschaltet, obwohl darüber genaue Zahlangaben nicht zu gewinnen sind. Nimmt man die Senkung der Beamtengehälter um 6 Prozent hinzu, so wird man den Einkommensausfall für das erste Vierteljahr dieses Jahres auf ungefähr 1,5 Milliarden Reichsmark schätzen können.

Es wurde oben schon darauf hingewiesen, daß die Maßnahmen der Lohnsenkung, des Gehaltsabbaus und der steuerlichen Mehrbelastung in erster Linie dazu dienen, auf den verschiedensten Wegen Mittel für die Linderung der Folgen der Arbeitslosigkeit aufzubringen. Die Einkommensverminderung bedeutet also weitgehend eine Einkommensverschiebung, deren Resultat ohne weiteres aus der Ziffer erkennbar ist, die den Aufwand für die Arbeitslosen im ersten Vierteljahr 1931 bezeichnet, nämlich rund 900 000 000 Reichsmark. Diese Beträge stellen einen Konsumfonds dar, der den Arbeitslosen die Befriedigung der wichtigsten Lebensbedürfnisse gestattet. Auf der anderen Seite fehlen diese Beträge in den Einkommen der noch Beschäftigten und volkswirtschaftlichen Wirkungen ergeben sich aus der Tatsache, daß diese Beträge durch die vorgenommene Umschichtung anderen Märkten zugeführt werden, als denen, auf denen sie ursprünglich kauften. Die Arbeitslosen verwenden ihre Unterstützungsgelder für die Miete, für die Ernährung und für eine gelegentliche Ergänzung

der Bekleidung, diejenigen, deren Einkommen gesunken ist, befriedigen damit einen Bedarf, der über das Existenzminimum hinausging. Die Tatsache, daß dieser elastische Massenbedarf jetzt nicht mehr in dem bisherigen Umfang befriedigt werden kann, ist außerordentlich wichtig. Sind doch die Industriezweige, die für den elastischen Massenbedarf arbeiten, für die Ankurbelung der Konjunktur erfahrungsgemäß besonders wichtig, eine Tatsache, die beispielsweise gegen die Reduktion der Einkommen durch Arbeitsstreckung spricht.

Nun ist die Wirkung der Einkommensverminderung in gewissem Umfang durch die Entwicklung der Preise ausgeglichen worden. Nach der amtlichen Indeziffer sind die Lebenshaltungskosten im ersten Vierteljahr dieses Jahres um 7,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Infolgedessen ist der Verbrauch der breiten Masse mengenmäßig nicht so stark gesunken wie das Einkommen, da die Preisrückgänge die Einkommensverminderung um ungefähr 50 Prozent ausgeglichen haben. Da aber, wie schon erwähnt, die Verschiebung des Gefüges der Einkommen die Zusammensetzung des Verbrauchs wesentlich verändert haben, zeigt sich, daß auf gewissen Märkten die Preise nicht oder nur wenig zurückgehen, der Verbrauch aber stabil bleibt, während auf anderen Märkten trotz erheblicher Preisrückgänge der Verbrauch abnimmt. Um welche Märkte es sich handelt, liegt auf der Hand. Da der Verbrauch von Gütern des dringenden Lebensbedarfs immer mehr in den Vordergrund tritt, bleibt der Verbrauch an Mehl, Brot, Eiern und Fetten stabil, während der Verbrauch von Textilien, von Genussmitteln und von qualifizierter Nahrung trotz erheblicher Preisentungen zurückgeht.

Dieser ganze Vorgang ist nicht etwa eine Erscheinung der letzten Monate, sondern er ist bereits seit 1929 im Gange. In den letzten Monaten sind aber alle diese Erscheinungen ganz erheblich stärker aufgetreten, weil in dieser Zeit alle Faktoren, die die Höhe des Arbeitseinkommens bestimmen, nach unten drängen. Etwas außerhalb der Entwicklung steht der Bekleidungsverbrauch, da dieser offenbar schon im Jahre 1930 seinen Tiefpunkt erreicht hat. Infolgedessen hat sich die Senkung der Einkommen der letzten Zeit in erster Linie auf dem Markt der Genussmittel und der Gegenstände des verfeinerten Nahrungsbedarfs bemerkbar gemacht.

Das Schicksal des Arbeitszeitabkommens.

Kompromißverhandlungen in Genf.

Genf, 9. Juni.

Die internen Verhandlungen der einzelnen Gruppen der internationalen Arbeitskonferenz über das Arbeitszeitabkommen im Kohlenbergbau, das entgegen den deutschen Forderungen eine einheitliche Regelung der Arbeitszeit für den Steinkohlenbergbau und den Braunkohlenbergbau vorsieht, stehen jetzt kurz vor dem Abschluß.

Die Lage für das Zustandekommen des Abkommens wird als äußerst kritisch angesehen.

Nach dem Entwurf sind 100 Ueberstunden im Braunkohlebergbau und 150 Ueberstunden im Braunkohlebergbau vorgesehen. Die Arbeitnehmergruppe hat sich bisher auf den Standpunkt gestellt, daß die Annahme des vom Arbeitsamt vorgelegten Entwurfes das Höchstmäß des Tragbaren darstelle. Die Arbeitnehmergruppe lehnt damit den Antrag der deutschen Regierung, nach dem eine Ueberstundenregelung von 150 Stunden im Braunkohlebergbau und 250 Stunden im Braunkohlebergbau festgesetzt werden soll, ab.

Eine Ablehnung des deutschen Regierungsantrages würde jedoch nach allgemeiner Auffassung zu einem Scheitern des gesamten Abkommens führen, da unter diesen Umständen die deutsche Regierung und zahlreiche andere Regierungen das Abkommen ablehnen würden.

Um einen Ausweg aus dieser Lage zu finden, sind gegenwärtig Kompromißverhandlungen im Gange. Danach soll das Abkommen in der vom Arbeitsamt vorgelegten Fassung angenommen werden, jedoch mit einer Sonderregelung, wonach unter bestimmten Umständen und unter gewissen Ueberstundenregelung für den Braunkohlebergbau und Braunkohlebergbau zulässig sein soll.

Wie eine Bombe . . .

Der Eindruck der Notverordnung in Amerika.

Newyork, 9. Juni.

Die Notverordnung und der Aufruf der Reichsregierung mit seiner rückhaltlosen Offenheit haben in den amtlichen Kreisen Washingtons wie eine Bombe gewirkt.

Der Inhalt wurde sofort telephonisch nach Hoovers Sommeritz im Staate Virginia weitergegeben, wo dieser das Wochenende verlebte und mit der Ausarbeitung einer Kürzung des Marinehaushalts um 25 Millionen Dollar beschäftigt war.

Bedeutung ist, daß nunmehr auch Schatzsekretär Mellon diese Woche eine sechswöchige Reise nach England und Frankreich antritt. Wenn diese Reise auch als halb privater Art gekennzeichnet wird, so glaubt man doch, daß Stimson und Mellon auf ihrer Europa-Reise bereits die Kriegsschuldenfrage mit den maßgebenden europäischen Staatsmännern besprechen werden.

Verschiedentlich ist man in Washington der Ansicht, daß Hoover jetzt die Frage der Schuldenherabsetzung mit der Frage der europäischen Rüstungsermächtigung verknüpfen werde. Die Forderung von Senator Borah erhobene Forderung nach Revision der Reparationszahlungen dürfte unter diesen Umständen wohl um so größere Bedeutung haben, als Borah gerade in den letzten Wochen häufig Besprechungen mit dem Staatsdepartement und mit Hoover über die Schuldenfrage hatte.

Deutscher Schiffsverkehr in Litauen.

Vor neuen Zollerhöhungen.

Kowno, 9. Juni.

Das Verbot der litauischen Regierung, wonach deutsche Wasserfahrzeuge in den litauischen Grenz- und Binnengewässern keine Frachten und Personen befördern dürfen, ist infolge der Bemühung der deutschen Gesandtschaft insofern gemildert worden, als den deutschen Schiffen erlaubt wird, Waren und Personen nur in direktem Verkehr zwischen Memel und Kowno zu befördern. Das Anlaufen der Zwischenstationen bleibt nach wie vor untersagt.

Kownoer Blättermeldungen zufolge plant die litauische Regierung neue Zollerhöhungen insbesondere auf deutsche Waren. Diese neuen Zollerhöhungen sind angeblich Gegenmaßnahmen gegen die neuen deutschen Agrarzölle, durch die die litauische Ausfuhr nach Deutschland fast völlig unterbunden sein soll. In Wirklichkeit jedoch scheint es sich um eine rein fiskalische Maßnahme zu handeln, um die durch den Rückgang der Ausfuhr herabgesunkenen Staatseinnahmen aus den Zöllen zu ergänzen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die deutschnationale Fraktion hat im preussischen Landtage eine große Anfrage eingebracht, in der es heißt, daß die Terrorakte radikaler Vintverbände gegen die nationalen Organisationskassen händig im Zunehmen begriffen und Mordtaten an der Tagesordnung seien. Selbst die Sicherheit der christlichen Bevölkerung bei ihrer kirchlichen Betätigung sei gefährdet. Das Staatsministerium wird gefragt, ob es Ansehens der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit gewillt sei, endlich den Polizeiorganen Anweisung zu geben, mit den schärfsten Mitteln gegen alle Landfriedensbrecher vorzugehen.

Der Aeltestenrat des Preussischen Landtags beschloß, daß zunächst bis einschließlich Sonnabend Vollsitzungen abgehalten werden sollen. Gedrückt der Dienstag soll wegen der Ausschlußberatung des Kirchenvertrages vollsitzungsfrei bleiben. Am 8. Juli wird der Landtag erneut zu einem kurzen Vollsitzungsabschnitt zur Beratung der inzwischen zu erwartenden Vorlagen über den Volksscheid zusammentreten. Am 10. Juli soll die Sommerpause beginnen, die bis Mitte Oktober dauern soll.

Die kommunistische Fraktion hat im preussischen Landtag einen Mißtrauensantrag gegen die preussische Staatsregie-